

Ein ungewöhnlicher Dialog: leben lernen lädt die Politik direkt in ihre Einrichtungen

Eine scheinbar harmlose Treppe, ein fehlendes Logo am Wohnhaus oder Medikamente, die nur über ein Krankenhaus organisiert werden können: Oft sind es kleine Beobachtungen, die den Blick auf den Alltag von Menschen mit komplexen Beeinträchtigungen verändern. Solche Eindrücke sammelten Berliner Bezirkspolitikerinnen und -politiker bei Besuchen in Wohn- und Beschäftigungseinrichtungen der leben lernen gGmbH.

Im Vorfeld der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen hatte das Unternehmen Vertreterinnen und Vertreter verschiedener demokratischer Parteien eingeladen, die Einrichtungen, Arbeitsangebote und Besonderheiten des Trägers kennenzulernen. Ziel war es, gelebte Inklusion sichtbar zu machen und Einblicke in den Alltag der Menschen in Betreuung zu ermöglichen. Eingeladen wurden Politikerinnen und Politiker aus den Bezirken, in denen leben lernen mit seinen Angeboten vertreten ist, und die sich zudem in Ausschüssen oder als Sprecher*in in den Bereichen Arbeit, Soziales und Inklusion engagieren.

Die hier geschilderten Eindrücke stehen stellvertretend für zahlreiche Gespräche mit Politiker*innen in den vergangenen Wochen. Diese fanden bewusst vor Ort statt, da politische Entscheidungen direkten Einfluss auf das Leben der betreuten Menschen haben. Auch die Leistungsberechtigten selbst bekamen durch den persönlichen Kontakt und Videobotschaften eine Stimme.

Zur Sprache kam auch das kürzlich veröffentlichte interne Arbeitspapier von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden mit 70 Kürzungsvorschlägen für die Eingliederungs- und Jugendhilfe. Die Gespräche vor Ort machten deutlich, welche konkreten Folgen solche Maßnahmen für die Betroffenen hätten und warum sie nicht umgesetzt werden dürfen.

Die Treppe, die zum Gesprächsthema wurde

Prof. Dr. Martin Pätzold von der CDU erreichte den Beschäftigungs- und Förderbereich in Alt-Friedrichsfelde ein paar Minuten verspätet, weil eine Treppe auf dem Gelände wegen Bauarbeiten gesperrt war. Bei den Geschäftsführern Katja Liebal und Dr. Benjamin Bell stieß diese Erfahrung auf Verständnis. Auch an anderen Standorten, wie dem in der Heidelberger Straße steht es nicht gut um die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Dort ist der Bürgersteig unterbrochen und so muss die Straßenseite zweimal gewechselt und sich durch parkende Autos manövriert werden. Solche Situationen gehören zum Alltag bei der Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigungen: Wege erfordern häufig mehr Zeit, alternative Routen und ein hohes Maß an Improvisation.

Im weiteren Gespräch ging es um den besonderen Stellenwert von Nachhaltigkeit und Upcycling in den Beschäftigungs- und Förderbereichen. Hierfür wird eine konstante Versorgung mit gebrauchter Kleidung benötigt. Pätzold bot an, über seinen Newsletter zur Spende von Textilien aufzurufen. Darüber hinaus stellte er Kontakte zur Verfügung, die bei der Suche nach geeigneten Standorten für künftige Wohneinrichtungen hilfreich sein können – ein konkreter Beitrag, um mögliche Entwicklungsschritte der Eingliederungshilfe zu unterstützen.

Ein Haus ohne Logo

Dr. Cordelia Koch, Bezirksbürgermeisterin von Pankow und Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen, besuchte das Inklusive Gemeinschaftshaus am Mirbachplatz in Weißensee. Dort zeigte sich, dass das Gebäude bewusst nicht als Einrichtung gekennzeichnet ist. Die Bewohnerinnen und Bewohner leben dort in ihrem Zuhause, nicht in einer Institution. Der Ansatz verdeutlicht ein Verständnis von Inklusion, das auf Selbstverständlichkeit statt auf äußere Markierung setzt.

Im Gespräch spielten darüber hinaus fehlende Freizeitangebote und die Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr eine wichtige Rolle. Sie ist für viele Menschen mit Beeinträchtigungen eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.

Cordelia Koch stellte im weiteren Verlauf den Kontakt zu einem Netzwerk her, das Einrichtungen der Eingliederungshilfe und Pflege bei der Gewinnung von Fachkräften unterstützt. Auf diese Weise wurde ein konkreter Ansatz aufgezeigt, um die angespannte Personalsituation in den Einrichtungen langfristig zu verbessern.

Wohnraum und medizinische Versorgung

Mit Lars Düsterhöft von der SPD wurde über die Wohnsituation in Treptow-Köpenick gesprochen. Geeigneter und bezahlbarer Wohnraum ist eine zentrale Voraussetzung für selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe, und es wurde deutlich, welche Herausforderungen in diesem Bereich bestehen.

Darüber hinaus ging es um die medizinische Versorgung: Ein Teil der Medikamente muss über das Evangelische Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge organisiert werden, da andere Wege oft nicht praktikabel sind. Hausbesuche durch Ärztinnen und Ärzte werden seltener, während Praxisbesuche für die betreuenden Menschen mit erheblichem logistischem Aufwand verbunden sind und für die Klientinnen und Klienten mit großem Stress und Anstrengung einhergehen.

Im Gespräch entstand zudem das Angebot, eine Liste mit konkreten Barrieren auf regelmäßigen Wegen direkt an ihn zu übermitteln, um diese systematisch sichtbar zu machen und mögliche Verbesserungen anzustoßen.

Fazit: Ein ungewöhnlicher Dialog mit konkreten Ergebnissen und der Hoffnung auf bleibende Wirkung

Die Besuche machten deutlich, dass das gewählte Format einen direkten und ungewohnten Austausch zwischen Politik und Praxis ermöglicht. Die Politikerinnen und Politiker erhielten dabei unmittelbare, praktische Eindrücke aus dem Alltag von Menschen mit Beeinträchtigungen sowie aus den strukturellen Herausforderungen der Eingliederungshilfe.

Gleichzeitig entstanden konkrete Unterstützungsansätze – von der Mobilisierung von Kleiderspenden über Netzwerk- und Kontaktvermittlungen bis hin zu Angeboten, Barrieren im Alltag systematisch sichtbar zu machen und in politische Prozesse zurückzuspielen.

Der direkte Dialog vor Ort zeigte damit eindrücklich, wie eng politische Entscheidungen und Lebensrealitäten miteinander verbunden sind. Die Hoffnung bleibt, dass die gewonnenen Eindrücke über den Wahlzeitraum hinaus nachwirken und in zukünftige politische Entscheidungen einfließen.

Matthias Benz

leben lernen gGmbH | Im Verbund der Hoffnungstaler Stiftung Lobetal

benz@lebenlernen-berlin.de

030 5093 22 221